

Ercheinungswerte: 6mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G.-Pf., Reklamen 30 G.-Pf., Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Freitag, den 25. Januar 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 45 Goldpfennig wöchentlich, Postbezugspreis 45 Goldpfennig ohne Trägerlohn. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Franzosen, die von einem Abbau der militärischen Besatzung sprechen, scheinen gerade das Gegenteil zu tun. In Essen ist wieder eine ungeheuerliche Zahl von Wohnungen für Militär beschlagnahmt worden.

Der französische Terror in der Pfalz nimmt immer schärfere Formen an. General de Meh fordert von allen Behörden, daß sie Schreiben, die zur Post gegeben werden, zuerst ihm zur Einsicht vorlegen.

Das außenpolitische Programm der neuen englischen Regierung wird dahin gekennzeichnet, daß man die Beziehungen zu Rußland wieder aufnehmen und dem Völkerbund durch Einbeziehung Deutschlands und Rußlands ein größeres Ansehen geben will.

Der Finanzausschuß der württ. Kammer hat sich gegen ein Aufwertungsverbot ausgesprochen.

Zwischen den Ärzten und dem württ. Krankenkassenverband ist jetzt eine Vereinbarung zustande gekommen.

Die Frage der Zusammenlegung von Oberämtern in Württemberg scheint wieder akut geworden zu sein.

Der Finanzausschuß des württ. Landtags zur Aufwertungsfrage.

(SCH.) Stuttgart, 24. Jan. Im Finanzausschuß kam heute der Antrag der Abgg. Bazille und Gen. zur Sprache, der die Vorlage eines Gesetzentwurfes anforderte, nach dem die Kündigung von Anleihen des Staates und der anderen öffentlichen Körperschaften zu entwertetem Gelde mit rückwirkender Kraft verboten werden soll. Berichterstatter war der Abg. Ströbel, der den Antrag kurz begründete. Justizminister Beyerle trug Bedenken vor. Danach sei die Landesgesetzgebung in Sachen dieses Antrages, so wie er gestellt sei, nicht zuständig. Das geltende Recht stehe dem Antrag entgegen. Redner begründete seine Auffassung des näheren. Staatsrat Hegelmayer machte Mitteilungen über die Auffassung des Reichsjustizministers in dieser Frage. Dieser lehne eine Aufwertung von Fall zu Fall ab, da mehrere Millionen Prozesse aus dieser Regelung sich entwickeln würden. Eine Aufwertung gegenüber den Schulden des Reiches, der Länder und Gemeinden komme nicht in Frage, da diese zahlungsunfähig seien. Der Reichsrat habe sich gegenüber der von Bayern beantragten Kündigungsperre auf den Standpunkt gestellt, daß dieser Antrag auf unbestimmte Zeit zu vertagen sei. Ein weiterer Regierungsvertreter legte dar, daß das Verhalten des württ. Staates in der Frage der Staatsanleihe eine Loyalität gewesen sei. Ein Redner der Bürgerpartei versuchte nachzuweisen, daß die Landesgesetzgebung auf diesem Gebiete doch zuständig sei. Auch er sei nicht dafür, daß Hoffnungen erweckt würden, die nicht erfüllt werden könnten. Immerhin könnte in einigen Jahren die europäische Lage wieder ganz anders sein. Ein Zentrumsredner stellte sich auf den Boden des Antrages Bazille und Genossen. Er wünscht, daß der Antrag in dem Sinne erweitert wird, wonach die württ. Regierung im Sinne des Antrages beim Reich tätig sein müsse. Mit einer Ablehnung der Aufwertungsfrage von oben herunter müßte Treue und Glauben zum Staat verschwinden. Die Frage könne nicht ernst genug angefaßt und behandelt werden. Redner bestreift, daß der württ. Staat bankrott sei und aus diesem Grunde nicht bezahlen könne. Ein sozialdemokratischer Redner machte in längeren Ausführungen auf die finanziellen Konsequenzen in der Aufwertungsfrage aufmerksam. Entweder sei die Aufwertung auf allen Gebieten zu bejahen oder zu verneinen. Ein weiterer Zentrumsredner stellte die Staatsschuldverhältnisse den Hypotheken gleich, auch die ersteren seien als mündelsichere Anlage herausgegeben worden. Ein demokratischer Redner wies auf die Möglichkeit der Abänderung der Gemeinde- und Bezirksordnung hin und sprach sich im Sinne des Antrages Bazille aus. Nach weiterer längerer Debatte wurde vom Berichterstatter Ströbel folgender Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, 1. einen Gesetzentwurf vorzu-

legen, der die Kündigung von Anleihen des Staates und der anderen öffentlichen Körperschaften zu entwertetem Gelde mit rückwirkender Kraft verbietet, 2. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Kündigung von Anleihen des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften zu entwertetem Gelde mit rückwirkender Kraft verbietet. Die Ziffer 1 wurde mit 12 Ja bei 1 Enthaltung (Müllerberger) und 5 Nein (Soz.) angenommen. Die Ziff. 2 wurde bei Stimmenthaltung des Abg. Keil mit der gleichen Mehrheit angenommen. Hierauf referierte Abg. Keil in eingehenden Darlegungen über vier Eingaben, die sich mit der Frage der Hypothekenaufwertung befaßten, besonders eingehend besprach der Berichterstatter die Eingabe des Schutzbundes für Hypothekengläubiger, desgleichen eine Eingabe eines Herrn Müller in Würzburg, der sich bedingter Weise gegen die Hypothekenaufwertung ausspricht. Die Kardinalfrage sei, ob die Volksgemeinschaft, d. h. die Steuerzahler, die Hypothekenaufwertung in allen ihren Konsequenzen tragen könnten. Hier spielt die Frage der Anspannung der Steuerkraft und die Balancierung des Reichsetats eine Hauptrolle. Wollte man die Aufwertung durchführen, so komme man schließlich an einer völligen Neuverteilung der Vermögen nicht vorbei. Es handle sich nicht nur um die Hypothekenaufwertung im engeren Sinne, sondern auch um die Aufwertung der Sparassenguthaben, Industrieobligationen, Lebensversicherungen, Kriegsanleihen usw. Die Aufwertung des Sparassenguthabens sei unzerrennlich mit jener der Aufwertung der Reichs- und Staatsanleihen verbunden. Bei den Hypotheken müsse zwischen städtischen und ländlichen Grundstücken unterschieden werden. Die landwirtschaftlichen Grundstücke seien vor dem Krieg übermäßig stark belastet gewesen. Deshalb verwundere er sich darüber, daß gerade die Bürgerpartei und der Bauernbund diese Aufwertung besonders betreiben. Bei den städt. Grundstücken sei durch die Wohnungszwangswirtschaft ein Einnahmefall zu verzeichnen, der aber durch den Gewinn bei der Abtragung der Hypotheken mit entwertetem Gelde mehr als ausgeglichen anzusehen sei. Die Landwirtschaft sei nach der Meinung des Landbundes nicht in der Lage, die derzeitigen Goldmarksteuern tragen zu können. Wo käme aber die Landwirtschaft bei der Hypothekenaufwertung hin? Endlich sei die Frage zu prüfen, ob die Geldentwertungsgegewinn ihrer Gewinn in Form von Steuern nicht an die öffentliche Hand abführen müßten. Wenn dem Reichsfinanzminister diese Quelle verstopft würde, dann müßten andere Steuerquellen flüssig gemacht werden. Der Berichterstatter erklärte, daß er bei der Schwierigkeit der Frage erst den Gang der Debatte abwarten müßte, bevor er einen Antrag zu stellen in der Lage sei. Justizminister Beyerle besprach die Einwirkung der Aufwertungsfrage auf die Wirtschaft, Finanz- und Außenpolitik. Werde die Aufwertung verboten, so werde der Staatskredit auch im Ausland gefährdet. Werde die Aufwertung zugelassen, könnte die Entente Schwierigkeiten machen. Der Justizminister ist der Auffassung, daß die Sachen nicht dem freien Verkehr überlassen werden könnten, er vertrete den Grundsatz der Aufwertung. Der Verarmungsfaktor müsse aber dabei berücksichtigt werden. An die Unmasse von Prozessen glaubt der Justizminister nicht. Die Spruchpraxis der Ausgleichsämter werde bald bekannt sein und es werde dann im Wege freiwilliger Vereinbarung mancher Fall erledigt werden. Die Aufwertung beim städt. Grundbesitz führe zur Verzinsung in Goldmark und zu Goldmark-Mietzin'en. Eine Richtungsgebung des Reiches sei angezeigt. Es könne sich aber nur darum handeln, daß eine Maximalgrenze gezogen und Freiheit nach unten in der Aufwertung gelassen werde. Die Debatte geht morgen weiter.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Das außenpolitische Programm der neuen englischen Regierung.

London, 25. Jan. Unter den durch die Regierungsübernahme der Arbeiterpartei geschaffenen außenpolitischen Möglichkeiten hebt sich, dem Vernehmen nach, am klarsten der Wunsch hervor, die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zu Rußland auf der Grundlage der Anerkennung der Sowjetregierung zu fördern. Ueber die Einstellung der neuen britischen Regierung zum mitteleuropäischen Problem verläutet, daß mehr denn je die Tendenz zutage tritt, die endgültige Lösung unter hervorragender Mitwirkung seitens Deutschlands und Rußlands im Völkerbunde herbeizuführen. Vor allen Dingen sei zu erwarten, daß

der Premierminister behutsam vorgehe und daß sein Augenmerk darauf gerichtet sein werde, den Weg zu einer gerechten und vernünftigen Regelung zu beschreiten. Es wird weiter hervorgehoben, daß Großbritannien sowohl in der Frage der Kölner Eisenbahnen, als auch in der dringenden Frage des Separatismus in der Pfalz auf einem sehr festen Boden stehe, da es bei den Kölner Bahnen im Besitze der Schlüsselstellung sei und da die von Clive im Namen der britischen Regierung in der Pfalz angestellte Untersuchung klar ergeben habe, daß die dortige Erziehung der sogenannten autonomen Regierung nicht in dem Willen der pfälzischen Bevölkerung wurzelt. Der starke Eindruck, den das im Unterhaus verlesene Telegramm Clives, das das Gerippe seines Berichtes an die britische Regierung und das Ergebnis seiner Untersuchung in der Pfalz bilde, in Deutschland und vor allem in der Pfalz selbst hervorgerufen hat, wird viel bemerkt.

London, 25. Jan. Wie gemeldet wird, verbrachte Macdonald den gestrigen Vormittag im Foreign Office. „Evening Standard“ berichtet, daß Macdonald bereits in Fühlung mit der russischen Regierung stehe und daß baldige Schritte zur Anerkennung der Sowjetregierung wahrscheinlich seien.

Ein Vorschlag Curzons an Poincaré.

London, 23. Jan. Nach dem „Daily Telegraph“ schlug Lord Curzon dem französischen Ministerpräsidenten vor, die französisch-britischen Meinungsverschiedenheiten über die Pflichten der Besatzungsmächte gegenüber der örtlichen deutschen Verwaltung und dem Separatismus dem Haager Schiedsgerichtshof zu unterbreiten. Frankreich aber scheine den Vorschlag abzulehnen.

Französische Bemerkungen bezüglich der Ausführungen des deutschen Reichsbankpräsidenten.

Paris, 23. Jan. Havas veröffentlicht folgende Erklärung: Entgegen verschiedenen Ausführungen in der ausländischen Presse hat das 1. Komitee nicht beschlossen, den Plan, den Dr. Schacht in den mit ihm abgehaltenen Sitzungen auseinandergesetzt hat, in Bau'ch und Bogen anzunehmen. Gewisse Anregungen des Reichsbankpräsidenten sind den Sachverständigen beizubehalten erschienen. Das Komitee Daves wird sie in dem endgültigen Plan berücksichtigen, mit dessen Aufstellung es zurzeit beschäftigt ist und der am 30. Januar in Berlin zur Erörterung gelangen wird.

Unaufhörliche Wohnungsbeschlagnahmen durch die Franzosen in Essen.

Essen, 25. Jan. Im Gegensatz zu den bisherigen französischen Meldungen über die Verminderung der Truppen im Ruhrgebiet und über die Unschärfmachung der Besatzung sind gestern von der französischen Besatzungsbehörde der Stadtverwaltung Essen neue schwere Einquartierungslasten auferlegt worden. Nachdem bereits vor mehreren Tagen 930 Wohnungen für Beamte und Offiziere angefordert worden waren, sind gestern nochmals 584 Wohnungen für Unteroffiziere gefordert worden und zwar 310 Wohnungen für Unteroffiziere mit Familie und 260 Wohnungen für ledige Unteroffiziere.

Die „Presse“-Freiheit im besetzten Gebiet.

Berlin, 25. Jan. Nach einer Meldung der „Post“ 3tg.“ erklärte die Besatzungsbehörde in Düsseldorf den dortigen Zeitungsverkäufern, sie werde es nicht dulden, daß die Zeitungen Veröffentlichungen über den Frankenschurz oder nachdrückliche Kurse des Franken brächten. Ferner dürften keine Angriffe gegen die Regie gebracht werden.

Unerträgliche Kontrolle der deutschen Behörden durch den französischen Vertreter in der Pfalz.

Mannheim, 25. Jan. Der französische Delegierte in der Pfalz hat angeordnet, daß alle behördlichen Schreiben, die zur Post gegeben werden sollen, vor ihrer Weiterleitung ihm zur Einsichtnahme vorgelegt werden müssen.

Rübler's
gestrichte
Kleidungsstücke



Ind jedem andern Fabrikat an Qualität ebenbürtig und in Form und Farbe unübertroffen.
Ich empfehle
schwere Anzüge in verschiedenen Formen,
Sweter-Anzüge in vielen Farben,
einzelne Sweter
einzel. Hosen, Kinderkleidchen

Paul Räuchle, Calw.

Im Auftrag gegen Barzahlung zu kaufen gesucht im Nagoldtal oder Umgebung

1. Fabrikgebäude für Zelluloidwaren geeignet,
2. geeignetes Anwesen als Erholungsheim mit ca. 10 Morg. Felder u. Wald,
3. verschiedene Hotels, Villen, Wohn- und Geschäftshäuser.

Angebote mit äußerstem Preis (Phantasiepreise ausgeschlossen) an

J. Proß, Immobilienbüro, Bad Teinach. Fernsprecher 18.

Achtung!
Schneider-Artikel
Futterstoffe, Knöpfe u. w.
kauft man bestens und billigst zu herabgesetzten Preisen bei **F. Raub, Porzheim, Tunnelstr. 2a** am Luisenplatz.
2 Minuten vom Bahnhof.

Sofort zu verkaufen verschiedene
Villen, Wohn- und Geschäftshäuser
von 10000 bis 120000 Goldmark im Teinach-, Nagold- und Enztal.
Interessenten wenden sich an

J. Proß, Immobilienbüro, Bad Teinach. Fernsprecher 18.
N. B. Aufklärung betrefss Auswertung der Hypotheken, Anträge zur Einlösung der Parteen übernimmt der Ob. ge.

Salmbach.
Einen Pachtkaufgabe verkaufe ich
2 starke, schöne
Zuchtarren,
event. auch Tausch auf Kühe.
Gustav Schöninger.



Lohnbücher
mit Steuerpalte, in jeder gewünschten Einteilung, fertigt schnellstens
A. Delschlager'sche Buchdruckerei

Fritz
Freudenberger

Schmalz 85 Pfg.
Speisefett 70 Pfg.
Schmelz-Margarine 75 Pfg.
Palmin 70 Pfg.
Cocofin 70 Pfg.
Margarine von 60 Pfg. an.

Lebensmittel.

Um das **Sparen** wieder zu ermöglichen und um den **Sparfann** zu wecken, nehmen wir auf unserm neuen **wertbeständigen Rentenmark Sparkonto** Gelder in jedem Betrag (nicht unter Mark 2.—) von jedermann entgegen. Verzinsung je nach Höhe und Kündigungsfrist der Einlage 8-10% pro Jahr Spar- und Versicherungsbank Calw, eing. Genossensch. m. b. H.

Gerste
empfiehlt **Otto Sung.**
Einen gut erhaltenen **Erdlösen** und einen dunklen **Heberzieher** hat preiswert zu verkaufen; wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Inesloch.
Verkaufe einen halbjährigen, wüchigen
Zuchtarren.
Gewinner, Wagnermeister.



Seeaal in Gelee,
Seringe in Gelee.
Fr. Freudenberger.
Echte Nürnberger Mandel-Weerretlich feisch eingetroffen.
H. Röhm.

Bezirks-Handels- u. Gewerbe-Berein Calw.
Die jährliche Generalversammlung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Hrn. R. Schenkerle, Metzgermeister, statt.
Rechnschafts- und Kassenbericht, Neuwahl von Vorstand und Ausschuss, allgemeine Aussprache.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
der Ausschuss.

Glüh-Lampen
Mk. 1.25
Sicherungen
25 Pfg.
Christian Kurz, Calw
Technisches Büro.

Wand-Kalender
mit Markt-Verzeichnis des Bezirks
sind in der Geschäftsstelle ds. Bl. das Stück zu 10 Pfg. erhältlich.

Sonderangebot!
Paul Räuchle, Calw.
130 cm breit weiß Damast gestreift Mk. 2.20
geblumt Mk. 2.70

Wohnhausverkauf!
Am Samstag, den 26. ds. Mts. nachmittags 2 Uhr verkaufe ich in Oberhaugstett Oberamt Calw ein **Einfamilienwohnhaus** mit 3 Zimmern, Küche, Keller, elektrisches Licht und Wasserleitung. Das Anwesen ist sehr preiswert und kann bis Juli bezogen werden. Zusammenkunft im Gasthaus zur „Sonne“. Der Beauftragte:
J. Proß, Immobilienbüro, Bad Teinach. Fernsprecher 18.

Gummi-Stempel.
Liefert rasch und billig die
A. Delschlager'sche Buchdruckerei Calw.

Ausgewanderten
aus dem Bezirke bereitet Ihr eine Freude, wenn Ihr ihnen ihr Heimatblatt, das „Calwer Tagblatt“ zusendet.



Lichtspieltheater Badischer Hof.
Heute Abend 8 Uhr:
„Harry Piel“
Mit Beiprogramm.

Die Eisbahn beim Deländerle ist eröffnet, wozu höflichst einladet
Paul Schnerle.

Altburg.
Der **Radfahrerverein Altburg** hält am Sonntag, den 27. Januar im Gasthaus zur „Sonne“ eine **Abend-Unterhaltung**
ab, verbunden mit theatralischen Ausführungen und Radpyramiden, wozu freundlichst einladet.
Der Ausschuss.
Saalöffnung 8 Uhr.



Gesucht
auf 1. Februar ein zuverlässiges, pünktliches, nicht unter 18 Jahre altes **Mädchen** für Küche und Haushalt.
Frau Ammann Bögel, Calw.

Gesucht
für sofort oder später ein tüchtiges, fleißiges **Mädchen** für Küche und Hausarbeit, bei hohem Lohn und guter Behandlung.
Frau Anna Sollasse Wwe. Gasthof z. Hirsch, Liebenzell.

Kaffee
1/4 Pfd. 70 Pfg.
Fr. Freudenberger.

Anständiges Fräulein, das ihrer Niederkunft bald entgegensteht **sucht Stellung.**
Angebote unter Nr. 19 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
Zu verkaufen einige **Sofas und eine Chaiselongue.**
(Preiswertes Angebot.)
Fr. Hennefarth, Tapeziermeister, Schulgasse 5 beim Rathaus. Kein Laden.

Concordia.
Am Sonntag **Singkunde** im Lokal, präzis 4 Uhr. Bitte vollständig erscheinen.
Der Vorstand.



Bestellen Sie das **„Calwer Tagblatt“**
Calw, 24. Januar 1924.
Dankagung.
Für die vielen Bemühungen herzlichen Teilnahme während der Krankheit und nach dem Hinscheiden unserer lieben Mutter **Christine Maier** geb. Schwämmle sagen wir herzlich Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Christian, Karl, Otto.

Hier
in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssiges Hausgerät zu verkaufen!

Strickwolle
in schwarz, grau und braun,
100 Gramm Mk. —.85,
1.00, 1.20, 1.50, 1.75.
Reinwollene Kinderstrümpfe schwarz und braun in allen Größen und Preislagen.
Reinwollene schwarze Damenstrümpfe von Mk. 2.— ab in verschied. Qualitäten.
Reinwollene Herrensocken in schwarz und grau.
Paul Räuchle, Calw.